

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, DIE LINKE, SPD, PIRATEN

TOP: 028 / 14.7

Antrag

gemäß § 21 (1) a GO

Drs.Nr.: VII/0726

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
22.05.2014	BVV	BVV/VII/028	

Betr.: Offener Brief des Zentrums für Demokratie zur beabsichtigten Ausweisung von Frau Simran Sodhi

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung schließt sich dem Offenen Brief des Zentrums für Demokratie zur beabsichtigten Ausweisung der Treptow-Köpenicker Integrationslotsin, Frau Simran Sodhi, an. Der Vorsteher wird gebeten, dies dem für Inneres zuständigen Senator zu übermitteln.

Begründung:

Die Berliner Ausländerbehörde weist die erste Integrationslotsin von Treptow-Köpenick, Frau Simran Sodhi, aus Deutschland aus. Begründet wird die geplante Ausweisung mit dem aus Sicht der Behörde nicht bestehendem „öffentlichen Interesse“. Bei uns und beim Arbeitgeber und Projektträger, dem Verein offensiv'91 e. V. - Verein für soziale und kulturelle Dienste für Frauen, Familien und Jugendliche, löst die Entscheidung völliges Unverständnis aus.

Obwohl Ines Feierabend, derzeit amtierende Bezirksbürgermeisterin von Treptow-Köpenick, Andreas Germershausen, stellvertretender Integrationsbeauftragter beim Land Berlin sowie Lehrstuhlbeauftragte der Humboldt-Universität zu Berlin und Alice-Salomon-Hochschule, die Ausländerbehörde schriftlich darauf aufmerksam gemacht haben, dass ein regionales wie überregionales öffentliches Interesse vorliegt, sieht diese keine besonderen Gründe für eine Verlängerung des Aufenthaltes der indischen Staatsbürgerin Sodhi. Dabei lässt das Aufenthaltsgesetz durchaus einen rechtlichen Ermessensspielraum zu. In §18, Abs. 4, Satz 2 AufenthG ist festgehalten:

„Im begründeten Einzelfall kann eine Aufenthaltserlaubnis für eine Beschäftigung erteilt werden, wenn an der Beschäftigung ein öffentliches, insbesondere ein regionales, wirtschaftliches oder arbeitsmarktpolitisches Interesse besteht.“

Dieses öffentliche Interesse liegt durchaus vor. Seit Anfang des Jahres fördert die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen die erste Treptow-Köpenicker Integrationslotsin. Das von Senatorin Dilek Kolat ins Leben gerufene Landesrahmenprogramm hat sich zum Ziel gesetzt, die derzeit 60 regelfinanzierten und in allen Bezirken Berlins eingesetzten Integrationslots/innen und Stadtteilmütter langfristig in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Für Treptow-Köpenick ist die Tätigkeit der Integrationslotsin absolute „Pionierarbeit“. Der Bezirk hat bisher weder Erfahrungen mit Integrationslots/innen, noch kann er auf eine ähnlich breite Projekt- und Angebotslandschaft im Bereich Integration/Migration zurückgreifen wie andere Bezirke. Die Tätigkeit von Frau Sodhi im Rahmen des Projektes verlangt daher besonders hier viel qualifiziertes Eigenengagement und Geduld ab. Diese Tätigkeit kann nicht jede/r machen. Dies spiegelt auch die bisherige Presseberichterstattung wieder.

Frau Sodhi hat selbst Migrationshintergrund und ist 2009 für das Masterstudium nach Deutschland gekommen. Sie hat einen US-amerikanischen und einen deutschen Hochschulabschluss, lebte ein Jahr in der Türkei und arbeitete vor ihrer Tätigkeit als Integrationslotsin, die sie seit Januar 2014 ausübt, als freiberufliche Übersetzerin. Die 27-jährige Treptow-Köpenicker Integrationslotsin ist in Dehli, Indien, aufgewachsen und spricht unter anderem fließend Hindi, Urdu, Englisch und Deutsch. Sie hat in Berlin Freunde und Freundinnen gefunden und wird von ihren Arbeitskolleg/innen hochgeschätzt.

Die Unterzeichnenden möchten Sie bitten, die derzeitige Entscheidung Ihrer Behörde, Frau Sodhi eine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis nicht zu gewähren, im Sinne des Projektes und des Bezirkes erneut zu prüfen. Der Verlust der Arbeitskraft von Frau Sodhi würde eine enorme Belastung darstellen, die die formulierten Ziele und damit den Erfolg des Projektes infrage stellen und dem landesweit hervorragenden Ruf des Vereins offensiv'91 e.V. Schaden zufügen. Ihre zwangsweise Ausweisung wäre nicht nur ein persönlicher Verlust. Auch der Schaden für das Land, den Bezirk, den Verein und nicht zuletzt die Menschen, die die Dienste der Integrationslotsin in Anspruch nehmen, wäre groß.

Berlin, den 12.05.2014

Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE
Philipp Wohlfeil

Vorsitzende
der SPD-Fraktion
Gabriele Schmitz

Vorsitzender
der Fraktion der PIRATEN
Cornelius Engelmann-Strauß